

## Mit Steuern den Fleischkonsum senken? Perspektiven für eine Internalisierung ökologischer und sozialer Kosten

Julia Sievers-Langer

Immer mehr Akteure sprechen sich dafür aus, Fleisch durch Besteuerung teurer zu machen<sup>1</sup>. Davon versprechen sie sich Anreize für eine nachhaltigere Tierhaltung und für einen reduzierten Fleischkonsum. Doch es gibt auch Risiken und einige offene Fragen. Eine intensivere Auseinandersetzung mit verschiedenen Steuerinstrumenten ist notwendig, um zu beurteilen, was sinnvoll wäre.

### Was dafür spricht

Ein zu hoher Konsum und die entsprechende Produktion von Fleisch verursacht vielfältige Schäden für die Gesellschaft. Sie betreffen unsere Gesundheit und den Tierschutz ebenso wie die Umwelt und das Klima. Auch die Welternährung und Menschenrechte in anderen Ländern hängen mit unserem Fleischkonsum zusammen. Trotz des gestiegenen öffentlichen Bewusstseins über diese negativen Folgen, ist der Fleischkonsum in Deutschland in den letzten zehn Jahren relativ konstant geblieben. Daher setzt sich immer mehr die Einsicht durch, dass politische Maßnahmen nötig sind, um Anreize für eine nachhaltigere Tierhaltung und einen reduzierten Fleischkonsum zu geben. Eine derartige Möglichkeit bieten Steuern.

Sie lassen sich vor allem damit begründen, dass die Schäden, die durch die Produktion und den Konsum von Fleisch verursacht werden, mit enormen ökologischen und sozialen Kosten verbunden sind, die bisher von der Allgemeinheit getragen werden. Nach dem Verursacherprinzip sollten jedoch diejenigen die Kosten bezahlen, die für die Schäden verantwortlich sind. Das Problem besteht darin, dass die Preise für tierische Produkte und die entsprechenden Produktionsmittel nicht die real entstehenden Kosten widerspiegeln. Steuern (und Abgaben) könnten an dieser Stelle Abhilfe schaffen: Sie sind eine Methode, um die sogenannten „externen“ Kosten, zu internalisieren, das heißt den entsprechenden Produkten anzulasten. Damit können Steuern den Faktor beeinflussen, der für die meisten Menschen am bedeutendsten ist bei ihrer Kaufentscheidung – der Preis. So ist prinzipiell davon auszugehen, dass durch Steuern ausgelöste Preissteigerungen bei tierischen Produkten zu einem Konsumrückgang führen würden. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) weist darauf

hin, dass die Preiselastizität<sup>2</sup> bei Fleisch und Milchprodukten – verglichen mit anderen Lebensmitteln – relativ hoch ist. Empirische Untersuchungen zeigen, dass Konsumenten bei Fleischpreiserhöhungen um beispielsweise 10% mit einer um 10% geringeren Nachfrage reagieren.<sup>2</sup>

Die Grundidee, die Produktion bzw. den Konsum von Fleisch zu besteuern, ist sicherlich überzeugend. Doch es gibt auch Risiken und Bedenken.

### Risiken und Bedenken

Manche Kritiker wenden ein, dass eine derartige Besteuerung sozial ungerecht sei. Tatsächlich würde eine höhere Besteuerung von Fleisch arme Haushalte stärker treffen als wohlhabende Haushalte.<sup>3</sup> Doch aus umwelt- und gesundheitspolitischer Sicht ist vor allem problematisch, dass besser verdienende Haushalte zu wenig Anreize bekommen, ihren Konsum von Fleisch zu reduzieren. Gegen das Argument der sozialen Ungerechtigkeit kann außerdem eingewendet werden, dass es bessere Wege – beispielsweise Mindestlöhne und eine höhere staatliche Grundsicherung – gibt, arme Haushalte zu unterstützen als staatlich subventionierte Fleischpreise auf Kosten von Umwelt, Gesundheit und Welternährung.

Es stellt sich natürlich die Frage, ob

<sup>1</sup> Zum Beispiel sprechen sich folgende Akteure für Steuerinstrumente aus oder empfehlen, verschiedene Instrumente näher zu prüfen: Greenpeace, Foodwatch, SRU, Brot für die Welt, BUND, PETA, Forschungsprojekt MaRes, Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft. Teilweise wird nicht nur die Besteuerung von Fleisch, sondern allgemein von tierischen Produkten empfohlen. Dieser Artikel konzentriert sich auf die Besteuerung von Fleisch.

<sup>2</sup> Die Nachfragereaktion der Konsumenten auf Preisveränderungen wird als Preiselastizität der Nachfrage bezeichnet. Ist die Nachfrage sehr preisunelastisch (niedrige Preiselastizität), verringert sich auch bei hoher Steuer der Konsum nur wenig.

<sup>3</sup> Dies trifft aber auch auf die Besteuerung von beispielsweise Tabak, Alkohol und Benzin zu.

es nicht politisch leichter durchsetzbare Instrumente gibt, um auf einen geringeren und nachhaltigeren Fleischkonsum hinzuwirken. Denn ein Großteil der Bevölkerung und einige Interessengruppen (zum Beispiel die Fleisch- und Futtermittelwirtschaft) werden sicherlich von einer höheren Besteuerung nicht begeistert sein. Andererseits setzt sich zumindest in Fachkreisen und unter Politikern immer mehr die Überzeugung durch, dass es Sinn macht, soziale und ökologische Kosten – auch durch Steuern – zu internalisieren. Doch es gibt auch die Befürchtung, dass eine Besteuerung der Herstellung oder des Konsums von Fleisch in der Praxis nicht die gewünschte oder sogar eine kontraproduktive Wirkung haben könnte. Inwiefern das zutrifft, lässt sich nicht pauschal beurteilen. Dafür ist es notwendig, sich differenzierter mit einzelnen, möglichen Steuerinstrumenten auseinanderzusetzen.

### **Besteuerung von Pestiziden, synthetischen Stickstoffdüngern und Stickstoffüberschüssen**

Der Einsatz von synthetischen Stickstoffdüngern beim Anbau von Futtermitteln ist ein Hauptfaktor für die schlechte Klimabilanz von Fleisch. Denn die Herstellung von Stickstoffdünger ist extrem energieaufwendig. Und der Stickstoff wird umgewandelt in Lachgas, das um ein Vielfaches klimaschädlicher ist als CO<sub>2</sub>. Außerdem ist Überdüngung eine Hauptursache für die Belastung von Gewässern mit Nitrat, Phosphat und Stickstoff. Auch der Einsatz von Pestiziden trägt zu Umweltproblemen und Treibhausgasemissionen bei. Die Besteuerung von Pestiziden und Düngemitteln könnte Anreize setzen, weniger Pestizide und Stickstoff-Dünger einzusetzen und dadurch Futtermittel umwelt- und klimaschonender herzustellen. Die Einnahmen aus dieser Steuer könnten außerdem dafür genutzt werden, Landwirte bei der Umstellung auf ökologische Landwirtschaft zu unterstützen.<sup>2</sup> Ein Nachteil einer Besteuerung von Pestiziden und Stickstoffdüngern besteht darin, dass sie einen Anreiz bieten würde, mehr Futtermittel und Fleisch aus dem Ausland zu importieren. Denn Produzenten aus Ländern, in denen es diese Steuer nicht gibt, wären damit in einem Wettbewerbsvorteil. Alternativ wird vorgeschlagen, eine Abgabe auf Stickstoffüberschüsse im Boden von landwirtschaftlichen Betrieben zu erheben. Dagegen wird

teilweise eingewendet, dass die dafür notwendigen Kontrollen mit einem hohen Verwaltungs- und Kostenaufwand verbunden seien.<sup>3</sup>

Allerdings müssen jetzt schon alle Landwirte, die Subventionen beziehen möchten, eine Stickstoffbilanzüberschussrechnung machen und ein kleiner Anteil der Betriebe wird ohnehin schon kontrolliert.

### **Besteuerung von Futtermitteln**

Ein anderer Vorschlag besteht darin, importierte Soja-Futtermittel zu besteuern. Dies wäre dadurch zu begründen, dass der Sojaanbau ein Hauptfaktor für die Regenwaldabholzung und andere klimarelevante Landnutzungsänderungen in Südamerika ist. Die Regenwaldabholzung ist für einen Großteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich, die der Produktion von tierischen Lebensmitteln zugerechnet werden müssten. Die Klimabilanz von tierischen Nahrungsmitteln wäre noch schlechter als sie heutzutage offiziell angegeben wird, wenn man die Treibhausgasemissionen aus der Regenwaldabholzung einbeziehen würde.<sup>44</sup> Alternativ könnte nur gentechnisch verändertes Soja besteuert werden. Dies könnte mit den negativen ökologischen Auswirkungen, die mit dem Einsatz von gentechnisch verändertem Soja einhergehen, begründet werden. Da ein Großteil des angebauten Sojas gentechnisch verändert ist, hätte dies erhebliche Auswirkungen auf den gesamten Sojaimport in die EU.

Bei beiden Varianten müsste geklärt werden, ob bzw. wie derartige Steuern WTO-konform ausgestaltet und begründet werden können. Das ist sicherlich eine schwierige und langwierige, aber keine unmögliche Aufgabe.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, generell betriebsexterne Futtermittel zu besteuern, wie es Möckel vom Helmholtz Zentrum für Umweltforschung (UFZ) vorschlägt.<sup>5</sup> Das könnte mit dem Problem der Überdüngung begründet werden. So argumentiert Möckel, dass Überdüngung erst durch den Zukauf von betriebsexternen Futtermitteln entsteht.

Ein Nachteil von Steuern auf Futtermittel läge darin, dass auch sie Anreize setzen würden, mehr Fleisch zu importieren aus Ländern, in denen Futtermittel nicht besteuert werden.

### **Abhilfe durch Grenzsteuerausgleich ('Border Tax Adjustment')**

Sowohl bei der Besteuerung von Pestiziden und Düngern als auch bei der Besteuerung von Sojafuttermitteln könnte geprüft werden, inwiefern sogenannte Border Tax Adjustments eingesetzt werden können, um Nachteile für besteuerte inländische Produkte zu umgehen. Border Tax Adjustments sind ein umweltpolitisches Instrument, das im Außenhandel genutzt werden kann, um importierte Produkte in gleicher Höhe steuerlich zu belasten wie inländische Produkte. Auch Vorleistungen, die für die Herstellung eines Produktes eingesetzt werden, können bei diesen Border Tax Adjustments besteuert werden. Handelsrechtlich ist umstritten, ob Vorleistungen physisch im Endprodukt nachweisbar sein müssen, damit sie steuerlich durch Border Tax Adjustments belastet werden können. Dies wäre im Fall von Pestiziden, Düngemitteln und Sojafuttermitteln als Vorleistungen schwierig bzw. nicht möglich. Es gibt allerdings gute Argumente dafür, dass ein physischer Nachweis der Vorleistung im Endprodukt nicht notwendig ist.<sup>6 7</sup>

### **Unterschiedliche Besteuerung je nach Tierprodukt**

Eine Besteuerung von Fleisch könnte theoretisch auch je nach Treibhausgasemissionen gestaffelt werden, wie zum Beispiel Wirsenius von der Chalmers University of Technology vorschlägt<sup>8</sup>. Dafür müssten die Treibhausgasemissionen, die „typischerweise“ bei einem bestimmten Produkt anfallen, bestimmt werden. Laut Wirsenius wird zum Beispiel pro Kilo Rindfleisch knapp 30 kg CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht im Vergleich zu weniger als 5 kg CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Produktion von Hühnerfleisch, Eiern und Milch. Er schlägt vor, pro Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent 60 Euro Steuern zu erheben. Demnach müsste Rindfleisch wesentlich höher besteuert werden als andere tierische Produkte. Dieser Vorschlag hat jedoch einen wesentlichen Schwachpunkt: Es ist kaum möglich, die „typischen“ Treibhausgasemissionen ausschließlich nach der Tierart zu differenzieren. Denn die für die Fleischproduktion verursachten Treibhausgasemissionen hängen wesentlich von der Art der Tierhaltung und -fütterung ab: Je nach Einsatz von Futtermitteln, Düngemitteln und Pestiziden werden unterschiedlich viele Treibhausgasemissionen ver-

<sup>4</sup> beispielsweise der Verlust an biologischer Vielfalt

ursacht. Das ist gerade bei Rindfleisch und Milchprodukten ein nicht zu unterschätzender Faktor, wie Anita Idel in ihrem Buch „Die Kuh ist kein Klimakiller“ aufzeigt. Idel widerspricht der verbreiteten Auffassung, dass die industrielle Stallhaltung von Rindern weniger Treibhausgase verursacht als die Weidehaltung. Es gibt gute Argumente dafür, dass die Weidehaltung tatsächlich weniger umwelt- und klimaschädlich ist als die industrielle Rinderhaltung. Unter anderem werden keine Treibhausgase bei der Futtermittelherstellung verursacht. Auch Treibhausgase im Zusammenhang mit der Regenwaldabholzung und dem Transport von Futtermitteln entfallen. Abgesehen davon steht die Tierernährung auf diese Weise nicht in Konkurrenz zur menschlichen Ernährung – vor allem wenn Weideflächen genutzt werden, die nicht für den Ackerbau geeignet sind. Diese Aspekte werden bei einer Emissionssteuer je nach Tierprodukt nicht berücksichtigt. Eine derartige Steuer würde also keine Anreize setzen, auf umwelt- und klimaschonendere Produktionsverfahren umzustellen.

### Steuer auf gesättigte Fettsäuren

Eine Option, den Konsum von Fleisch und anderen tierischen Produkten zu besteuern und gleichzeitig gewisse Anreize für ökologischere Produktionsweisen zu setzen, bietet eine Steuer auf gesättigte Fettsäuren.

Eine derartige Steuer wurde 2011 in Dänemark vor allem aus gesundheitspolitischen Gründen eingeführt. Da tierische Produkte im Vergleich zu pflanzlichen Produkten einen besonders hohen Anteil an gesättigten Fettsäuren haben, würde eine derartige Steuer insbesondere tierische Produkte verteuern. Gleichzeitig könnte diese Steuer die Wettbewerbschancen von Produkten aus Weidehaltung gegenüber Produkten aus Stallhaltung verbessern. Denn verschiedene Studien zeigen, dass der Anteil gesättigter Fettsäuren in Milch aus Weidehaltung wesentlich geringer ist als in Milch von Kühen, die viel mit Kraftfutter ernährt werden.<sup>9 10</sup>

### Mehrwertsteuererhöhung

Eine weitere Idee besteht darin, Fleisch nicht wie derzeit mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz (7%), sondern mit dem regulären Mehrwertsteuersatz (19%) zu belasten. Je nach Preis der verschiedenen Fleischsorten gäbe es damit

unterschiedlich starke Preissteigerungen – Rindfleisch würde zum Beispiel stärker verteuert werden als Hühnerfleisch. Eine derartige Mehrwertsteuerreform hätte das Potenzial, die Nachfrage nach Fleisch zu reduzieren.

Doch um Anreize für eine nachhaltige Tierhaltung zu setzen, wäre dieses Instrument nicht optimal. Es ist zu befürchten, dass eine allgemeine Erhöhung der Mehrwertsteuer dazu führen würde, dass noch weniger Menschen ökologisch produzierte Produkte und Produkte aus artgerechter Tierhaltung kaufen, da diese schon jetzt wesentlich teurer sind als konventionell produzierte Produkte. Außerdem besteht die Gefahr, dass gerade große Lebensmittelkonzerne Druck auf die Produzenten ausüben würden, günstiger zu produzieren, um die Mehrwertsteuererhöhung auszugleichen. Eine allgemein höhere Mehrwertsteuer für Fleisch könnte damit die ökonomischen Wettbewerbsvorteile der industriellen Tierhaltung gegenüber ökologischer und besonders artgerechter Tierhaltung noch vergrößern. Dies hätte vermutlich kontraproduktive Wirkungen, was die ökologischen, tierrechtlichen und gesundheitlichen Begleiterscheinungen der Tierhaltung anbelangt. Daher sollte geprüft werden, wie diesem Risiko entgegengewirkt werden kann. Sicherlich ist es dafür wichtig, parallel höhere Auflagen und Standards für die Tierhaltung zu setzen und bäuerliche Produzenten zu stärken.

Alternativ könnte konventionell hergestelltes Fleisch mit dem regulären Mehrwertsteuersatz belastet werden, während ökologisch und besonders artgerecht produziertes Fleisch (wie Neuland-Fleisch) weiterhin mit dem reduzierten Satz besteuert wird. Auf diese Weise könnten Anreize für eine ökologischere und tieregerechtere Produktion gesetzt werden, was durch eine allgemein höhere Besteuerung von Fleisch nicht möglich wäre. Wichtig wäre es dafür, die ökologische Landwirtschaft als Leitbild für eine nachhaltige Landwirtschaft zu etablieren, wie es der Rat für nachhaltige Entwicklung fordert.<sup>5 11</sup> Auch gesundheitspolitisch wäre eine derartige Unterscheidung zu rechtfertigen. Denn der ökonomische Anreiz, weniger Fleisch zu essen, besteht bei Produkten aus Bio- und be-

sonders artgerechter Haltung schon durch die ohnehin höheren Preise. Außerdem ist der Antibiotikaeinsatz in der ökologischen und besonders artgerechten Tierhaltung wesentlich niedriger als in der industriellen Tierhaltung. Gesundheitliche Probleme und damit verbundene Kosten wie antibiotikaresistente Keime und Antibiotika-Rückstände in Lebensmitteln werden daher durch die ökologische und besonders artgerechte Tierhaltung in wesentlich geringerem Maße verursacht als durch die industrielle Tierhaltung.<sup>12</sup>

### Fazit

Die Frage, ob sich Konsum und Produktion von Fleisch mit Steuerinstrumenten in die gewünschte Richtung lenken lassen, lässt sich pauschal nicht beantworten. Prinzipiell erscheinen Steuerinstrumente aus umwelt-, entwicklungs- und gesundheitspolitischer Perspektive sinnvoll, um den negativen Folgen eines hohen Fleischkonsums entgegenzuwirken. Doch Instrumente, die auf den ersten Blick einleuchten, können – wenn man genauer hinschaut – problematische Begleiterscheinungen nach sich ziehen oder schwierig umsetzbar sein. Es besteht zum Beispiel das Risiko, dass eine allgemein höhere Besteuerung von Fleisch nicht förderlich oder sogar kontraproduktiv für eine ökologische und artgerechte Tierhaltung ist. Die Besteuerung von Produktionsmitteln wie Düngemittel, Pestizide und Futtermittel hätte wiederum den Nachteil, dass sie zu verstärkten Importen von nicht entsprechend besteuerten Produkten führen könnten. Damit eine Besteuerung auf Pestizide, Düngemittel oder Futtermittel tatsächlich die gewünschten Anreize für eine nachhaltigere Tierfütterung entfalten könnte, müssten einige handelsrechtliche Fragen geklärt werden. Auch wenn dies theoretisch möglich wäre, wäre es mit viel Aufwand und vermutlich Widerständen auf Seiten anderer WTO-Mitglieder verbunden.

Steuern, die bei den Konsumenten ansetzen und trotzdem Anreize für eine ökologischere und tieregerechtere Produktion geben, bieten daher den Vorteil, dass sie sich vermutlich einfacher umsetzen lassen. Vielversprechend erscheint der Ansatz, dass konventionell produziertes Fleisch mit dem regulären Mehrwertsteuersatz belastet wird, während ökologisch und besonders artgerecht hergestelltes Fleisch wie bisher mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz belastet wird. Erhöhte Mehrwertsteuersätze für Fleischprodukte ließen sich auch

5 Der Rat für nachhaltige Entwicklung drängt zudem, die ökologische Landwirtschaft durch neue Instrumente zu fördern. Derartige Anstöße seien notwendig, um das erklärte Ziel der Bundesregierung, einen 20%igen Anteil des Ökolandbaus an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche zu erreichen. Siehe dazu Endnote 11

gut an die Reformvorschläge der EU-Kommission anknüpfen, reduzierte Mehrwertsteuersätze insbesondere für umweltschädliche Produkte abzuschaffen.<sup>13</sup>

Insgesamt ist eine intensivere Auseinandersetzung mit den Wirkungen verschiedener Steuerinstrumente empfehlenswert. Je nachdem welche gesundheits-, umwelt- und entwicklungspolitischen Aspekte priorisiert werden, wird die Bewertung der einzelnen Steuerinstrumente unterschiedlich ausfallen. Wichtig ist auch zu untersuchen, wie hoch die jeweiligen Steuern angesetzt werden müssen, um Konsum und Produktion effektiv in die gewünschte Richtung lenken zu können. Zudem müssen Strategien, wie derartige Steuern politisch durchzusetzen sind, entwickelt werden. Mit Sicherheit kommt es auf eine geschickte öffentliche Kommunikation an, um nicht an Widerständen von Lobbygruppen und Wählern zu scheitern. So müssen Vorteile für die Allgemeinheit – potenzielle Entlastungen für das Gesundheitssystem – und spezielle Interessengruppen (von Tofuherstellern bis zu Krankenkassen) hervorgehoben werden.

Wenn Antworten auf die verschiedenen Fragen gefunden und die erwähnten Hürden aus dem Weg geräumt werden, können Steuern eine gute Ergänzung zu anderen politischen Instrumenten sein, damit die Tierhaltung und der Fleischkonsum nachhaltiger werden.

(Endnotes)

- 1 Sachverständigenrat für Umweltfragen: Umweltgutachten 2012 – Verantwortung in einer begrenzten Welt, Kapitel 3
- 2 Lisa Paus, Ingrid Nestle, Oliver Krischer und Harald Schwalbe, 2012: Die ökologische Finanzreform weiterführen
- 3 Stefan Möckel (Helmholtz Zentrum für Umweltforschung), 2011: Umweltabgaben auf Düngemittel- und Pflanzenschutzmittel
- 4 Tobias Reichert und Marion Reichardt, 2011: Saumagen und Regenwald – Klima- und Umweltwirkungen deutscher Agrarrohstoffimporte am Beispiel Sojaschrot: Ansatzpunkte für eine zukunftsfähige Gestaltung.
- 5 Stefan Möckel, 2011, siehe Endnote 3
- 6 Dana Ruddigkeit, 2009: Border Tax Adjustment an der Schnittstelle von Welthandelsrecht und Klimaschutz vor dem Hintergrund des Europäischen Emissionszertifikatehandels

- 7 Umweltbundesamt, 2008: Grenzsteuerausgleich für Mehrkosten infolge nationaler/europäischer Umweltschutzinstrumente – Gestaltungsmöglichkeiten und WTO-rechtliche Zulässigkeit
- 8 Stefan Wirsenius, 2008: Differentiated consumption taxes of food as a climate policy instrument
- 9 Elisabeth Ehrlich, 2006/2007: Fettsäurezusammensetzung (CLA, Omega-3-Fettsäuren) und Isotopensignatur (C) der Milch ökologischer und konventioneller Betriebe und Molkereien
- 10 U. Wyss, M. Colomb, H.J. Frey und P. Hofstetter: Jahresverlauf der Fettsäuren in der Milch bei Weide- oder Stallfütterung
- 11 Rat für nachhaltige Entwicklung, 2011: „Gold-Standard Ökolandbau“: Für eine nachhaltigere Gestaltung der Agrarwende
- 12 Reinhild Benning/BUND, 2012: Antibiotikaresistente Keime aus der Tierhaltung – Risiko des Systems Massentierhaltung? Ist tiergerechte (Bio-) Haltung besser?
- 13 European Commission, 2011: COM/2011/851

#### Liebe AbonnentInnen,

vielen Dank, dass viele von Ihnen uns die Erlaubnis zur Lastschrift erteilt haben. Wir haben aus den angegebenen Email-Adressen einen Verteiler angelegt, über den dann auch die Rechnungen verschickt werden. Ab und zu werden wir auch einen Hinweis auf unsere Veranstaltungen und neue Publikationen schicken, aber niemanden „zumüllen“. Dies hilft uns sehr, Porto und Arbeitszeit zu sparen. Für diejenigen, die diesen Zahlungsweg nicht gehen möchten, wird sich der Abopreis ab 2013 auf 12,80 € erhöhen und trägt damit dem Mehraufwand Rechnung. Wir bitten dafür um Verständnis.

## Meldungen

### Nicht zu früh freuen!!!

Erstaunlich viele positive Reaktionen gab es auf das Urteil des EU Gerichtshofs zum Saatgut-Handelsverbot. Aber leider bestätigt das Urteil nur das bestehende EU Recht und ändert nichts am Verlust der Vielfalt auf den Feldern. Erhaltungssorten dürfen auch weiterhin nur in kleinen begrenzten Mengen und regional angebaut werden. Einen parallelen Saatgutmarkt wird es auch nach

dem Urteil nicht geben. Der Anbau einer alten, seltenen und nicht zugelassenen Sorte muss den Behörden gemeldet werden und darf die Höchstmenge nicht überschreiten. Verkauft darf sie nicht werden, außer es wird eine (kostenpflichtige) Zulassung erteilt. Das EU Recht schränkt die Rechte von Erhaltungssorten und Bauern gezielt ein. <http://www.saatgutkampagne.org>

Hintergrund des Urteils war die Klage des Gemüsesaatgut Konzerns Graines Beaumaux gegen die Erhaltungssorteninitiative Kokopelli in Frankreich.

### 2,4-D und Dicamba sind zurück

Um dem Druck der herbizidresistenten Unkräuter in den USA zu begegnen, greifen DOW Chemicals, Monsanto und BASF auf die hochgiftigen Pestizide zurück. Eine Vereinigung von 2000 Farmern will nun die Regierung zwingen, die Zulassung von „Enlist“ von DOW zu stoppen. 2,4-D war ein Bestandteil von Agent Orange im Vietnam Krieg und ist nachweislich krebserregend und neurotoxisch. DOW bezeichnete die neuen 2,4-D-toleranten GV-Pflanzen als „einen großen Schritt vorwärts“.

## Impressum

6 Ausgaben im Jahr kosten € 10,80 inklusive Porto für den Versand im Inland. Für ein Auslandsabo stellen wir das erhöhte Porto in Rechnung.

**Herausgeber:** Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig). Spendenquittungen werden ausgestellt.

**Redaktion:** Agrar Koordination, Ursula Gröhn-Witern, Christine Weißenberg, Julia Sievers-Langer, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; [info@agrarkoordination.de](mailto:info@agrarkoordination.de), [www.agrarkoordination.de](http://www.agrarkoordination.de)

**Bankverbindung:** Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank (BLZ 430 609 67) Konto 2029563500

**Druck:** Druckwelten Hamburg, 100 % recycling Papier

**ISBN:** 978-3-9813497-2-6

